

NZZ

Schmiergeld in Tallinn

Zwei Korruptionsskandale erschüttern Estland

In Estland sind die Chefs der Hafengesellschaft wegen Bestechung und Geldwäsche verhaftet worden. Nun steht auch der Oppositionsführer unter Korruptionsverdacht.

von Ingrid Meissl Årebo, Stockholm
26.9.2015



Die Sicherheitspolizei des baltischen Staats ermittelt gegen führende Politiker und Manager (Symbolbild). (Bild: Imago)

Die Nachricht von der Festnahme Edgar Savisaars hat in Estland wie eine Bombe eingeschlagen. Dem 65-jährigen Chef der oppositionellen Zentrumspartei und Bürgermeister von Tallinn wird vorgeworfen, 2014 und 2015 Bestechungsgelder in Höhe von mehreren 100 000 Euro angenommen zu haben.

Genügend Beweismaterial

Savisaar war Mitgründer der Volksfront, die für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion kämpfte, wurde 1991 erster Regierungschef der Republik und bekleidete seither unzählige Ministerposten. Die wohl schillerndste Figur auf der Politbühne des modernen Estland hat während ihrer langen Karriere immer wieder unter Korruptionsverdacht gestanden, musste sich aber nie vor Gericht verantworten. Diesmal jedoch scheint die Sicherheitspolizei nach monatelangen Ermittlungen über genügend Beweismaterial für eine Anklage zu verfügen. Neben dem Spitzenpolitiker sind sechs weitere Personen in die Bestechungsaffäre verwickelt, unter ihnen vier Unternehmer aus der Bau- und Immobilienbranche. Sie sollen dank Schmiergeldern öffentliche Ausschreibungen für sich gewonnen, Mietverträge mit der Stadt Tallinn verlängert sowie Bauten ohne die nötigen Bewilligungen erstellt haben. Unter Verdacht stehen auch der Finanzsekretär der Zentrumspartei sowie ein früherer Umweltminister, der bereits zweimal wegen Korruption verurteilt worden ist.

Nach Angaben der estnischen Zeitung «Postimees» hatte der Generalstaatsanwalt die Strafsache gegen Savisaar Mitte Juni eröffnet. Die Festnahme des Politikers ist laut dem Bericht zweimal verschoben worden: Da Anfang März Parlamentswahlen stattfanden, hätte ein Skandal um den Chef der von vielen russischsprachigen Esten

unterstützten Oppositionspartei in die Hände spielen können. Kurz danach erkrankte Savisaar schwer, musste sich ein Bein amputieren lassen und nahm seine Ämter erst vor Monatsfrist wieder auf.

Illegale Millionen im Hafen

Der Politiker, der am Dienstag während mehrerer Stunden von der Sicherheitspolizei verhört, aber nicht verhaftet wurde, bezeichnet die Bestechungsvorwürfe als Ablenkungsmanöver. Vertreter der Zentrumspartei, der zweitgrössten Kraft im Parlament, sprechen von einer politischen Vendetta der Regierungskoalition, die selbst in einen viel grösseren Skandal um den Tallinner Hafen verwickelt ist. Der Konzernchef des Staatsunternehmens, Ain Kaljurand, und sein Stellvertreter, Allan Kiil, waren Ende August von der Sicherheitspolizei verhaftet worden und sitzen seither in Untersuchungshaft. Die Männer werden beschuldigt, während vieler Jahre Bestechungsgelder in Millionenhöhe angenommen und verteilt sowie Geld gewaschen zu haben. Die Besitzerin Tallinna Sadam betreibt fünf Häfen und transportierte 2014 fast 10 Millionen Passagiere und mehr als 28 Millionen Tonnen Fracht über die Ostsee. Die Hafengesellschaft lieferte voriges Jahr Dividenden und Steuern von rund 40 Millionen Euro an der Staat ab, was sie zu einer einträglichen «Milchkuh» für die Regierung macht.

Der Grossteil der Schmiergelder soll im Zusammenhang mit der Bestellung vier neuer Fähren im Wert von total 120 Millionen Euro geflossen sein. Die Hafengesellschaft, die im Herbst 2016 den Personenverkehr zu den estnischen Ostseeinseln übernimmt, vergab diesen Auftrag an zwei Werften in Polen und der Türkei; bei der polnischen Firma kam es zu Hausdurchsuchungen. Laut der Staatsanwaltschaft besteht auch bei der Vergabe von Charter-, Fracht- und Bauaufträgen Korruptionsverdacht.

Bastion der Regierungspartei

Für die regierende Reformpartei ist der Hafen-Skandal pikant. Tallinna Sadam gilt seit einem Jahrzehnt als Bastion der Partei von Ministerpräsident Roivas. Der jetzige und der frühere Vorstandschef sind ebenso Parteimitglieder wie Kiil, der unter dem schwersten Korruptionsverdacht steht. Auch der Wirtschaftsminister, zu dessen Portfolio die Staatsfirmen gehören, ist Parteimitglied. Da das Fährgeschäft in die Ägide seiner Vorgänger fällt, sind auch die andern Koalitionspartner, die Sozialdemokraten sowie die Union von Pro Patria und Res Publica, vom Skandal betroffen.